

Report vom 05.11.2019 21.05 Uhr

Alexander Van der Bellen/Brigitte Bierlein/Brigitte Zarfl/Österreichisches Bundesheer/Bundesämter Bundeskanzleramt/Clemens Jabloner/Eduard Müller/Elisabeth Udolf-Strobl/Parteien FPÖ/Ministerien Bundesministerium für Finanzen/Ministerien Bundesministerium für Inneres/Parteien NEOS/Festspiele Salzburger Festspiele/Sebastian Kurz/Thomas Starlinger/Ministerien Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft/Wolfgang Peschorn/Parteien ÖVP / Liste Sebastian Kurz - die neue Volkspartei

Report (21:05) - Bilanz nach fünf Monaten Übergangsregierung

Wagner Wolfgang (ORF)

Jetzt widmen wir uns der aktuellen Regierung. Wir leben bekanntlich in historischen Zeiten - eine solche Regierung hatten wir nach 1945 noch nie, ganz gleich ob wir sie Beamten- oder Expertenregierung nennen. Ganz sicher ist sie eine Übergangsregierung, seit sie der Bundespräsident nach der Wahl mit der Fortführung der Geschäfte betraut hat. Nach fünf Monaten ist es Zeit für eine erste Bilanz von Eva-Maria Kaiser und Elke Ziegler.

Weber Nicole (ORF)

Aufmarsch der Republik am 26. Oktober auf dem Wiener Heldenplatz. Mit dabei: Wichtige Leute, die fast niemand kennt. Finanzminister Eduard Müller, Wirtschaftsministerin Elisabeth Udolf-Strobl, Sozialministerin Brigitte Zarfl. Seit fünf Monaten ist sie nun im Amt, die Beamtenregierung - oder Expertenregierung? Oder Übergangsregierung?

Udolf-Strobl Elisabeth (parteilos)

Ich glaube, wir sind definiert als Übergangsregierung.

Zarfl Brigitte (parteilos)

Ich würde mich auch nicht als Nicht-Expertin im politischen Bereich bezeichnen, also insofern wird hier kein so großer Unterschied zwischen den handelnden Personen bestehen.

Jabloner Clemens (parteilos)

Das ist eine Bundesregierung im Sinn des Artikel 69 B-VG, später eine einstweilige Bundesregierung, die halt alle Kompetenzen eines obersten Organs der Bundesvollziehung hat.

OFF Sprecherin (ORF)

Sehen Sie Ihre Regierung als Beamtenübergangs- oder Expertenregierung?

Bierlein Brigitte (parteilos)

Alles zusammen.

Weber Nicole (ORF)

Am Nationalfeiertag ein Blick in die Vergangenheit: Auf die Ostarrichi-Urkunde, für kurze Zeit in Wien ausgestellt, über tausend Jahre alt. Die jetzige Regierung ist auch historisch. Noch nie hat es in der Zweiten Republik ein Beamtenkabinett gegeben.

OFF Sprecherin (ORF)

Wie zufrieden sind Sie denn mit der Arbeit der Übergangsregierung?

Happerger Moritz (Privat)

Sehr zufrieden. Ich finde das sehr spannend, dass wir quasi eine Expertenregierung haben und auch das Parlament quasi dann echte Arbeit leistet.

Blitzek Sonja (Privat)

Ich habe den Eindruck, dass da auch wirklich einmal eine Kommunikation unter allen stattgefunden hat und das hat mir sehr gefallen.

Polschek Fred (Privat)

Die war überhaupt nicht nötig, diese Übergangsregierung.

Dirnbacher Barbara (Privat)

Dafür, dass sie in dieser kurzen Zeit schnell gebraucht wurden, haben sie eigentlich ziemlich gut reagiert und ja.

Weber Nicole (ORF)

Angelobung am 3. Juni: Nach Ibiza-Affäre und Misstrauensantrag gegen Türkis-Blau ernannt der Bundespräsident eine Übergangsregierung. Erstmals kommen keine Politiker zu Ministerehren, sondern Beamte und Beamtinnen aber politisch zugeordnet. Alle Parteien tragen das Kabinett Bierlein mit. Das Motto der neuen Bundeskanzlerin: Die Staatsgeschäfte weiterführen, keine großen Würfe.

Bierlein Brigitte (parteilos)

Wir haben kein Programm abzuarbeiten, wir haben keine Wahlversprechen einzulösen. Wir haben keine tagespolitischen Aktualitäten zu kommentieren.

Weber Nicole (ORF)

Verwalten statt gestalten. Laut Verfassungsrechtler Muzak hat diese selbstgewählte Zurückhaltung auch Nachteile.

Muzak Gerhard (Universität Wien)

Es gibt natürlich dieses freie Spiel der Kräfte. Die Abgeordneten entscheiden mehr nach ihrem eigenen Gewissen als sie es normalerweise tun. Auf der anderen Seite kann man schwer langfristig planen. Es ist natürlich immer die Gefahr, populistischer Gesetzesbeschlüsse, wie wir vor der letzten Nationalratswahl gesehen haben und größere Reformen, mittel- und längerfristige Vorhaben sind natürlich schwerer auf den Weg zu bringen.

Weber Nicole (ORF)

Auch ein Novum: Ein Regierungssprecher, der meist im Alleingang die Arbeit der Minister kommuniziert, während diese ihre Medienkontakte auf ein Minimum beschränken. Dass eine Regierung nicht regiert, sondern verwaltet, begründet er mit der heiklen politischen Situation.

Winterstein Alexander (Bundeskanzleramt)

Hinter jeder politischen Gestaltung steht eine Wertentscheidung. Eine Wertentscheidung im Sinne einer Finanzpolitik, einer Gesellschaftspolitik, einer Gesundheitspolitik, Familienpolitik oder was auch immer. Und eine derartige Wertentscheidung können Sie legitimerweise nur treffen, wenn Sie mit diesen Werten, mit diesen Prioritäten vor den Wähler getreten sind und sich vom Wähler ein entsprechendes Mandat geholt haben. Und nach unserer Einschätzung liegt das in unserem Fall nicht vor und deswegen, wie Sie es richtig sagen, Selbstbeschränkung. Wir wollen keine Entscheidungen treffen, die die Republik finanziell oder politisch auf längere Zeit hin binden.

Weber Nicole (ORF)

Das zeigt sich auch in der Bilanz. Das Kabinett Bierlein bringt von Anfang Juni bis Ende Oktober nur drei Gesetzesvorlagen auf Schiene, das Kabinett Kurz im selben Zeitraum 42. Dafür kommt die Übergangsregierung mit deutlich weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus. Unter der Regierung Kurz

sind es insgesamt 395 Kabinettsmitarbeiter, die Regierung Bierlein benötigt die Hälfte. Das Bundeskanzleramt selbst beschäftigt unter Kurz 31, unter Bierlein 14 Mitarbeiter. Das Kabinett im Innenministerium hat sich noch deutlicher verringert - von zuvor 54 auf nun 15 Beschäftigte. Das Kabinett des Finanzministeriums schrumpfte von 31 auf 5, das des Wirtschaftsministeriums von 20 auf 15. Zurückhaltung in den Kabinetten und im Parlament.

Bierlein Brigitte (parteilos)

Diese Regierung verfügt über keine Mehrheit. Es gibt daher keine Unterscheidung zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien.

Weber Nicole (ORF)

Die selbstgewählte Enthaltensamkeit der Regierung ruft das Parlament auf den Plan. Ende September werden am laufenden Band heikle Gesetze beschlossen - ohne Beteiligung der zuständigen Ministerien. Steuerentlastung, Recht auf Pflegekarenz, Gewaltschutzpaket. Manche jubeln über das neue freie Spiel der Kräfte. Es gibt aber auch Kritik.

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)

In dem Moment, in dem ich keine Mehrheit im Parlament habe, muss ich mir immer die Mehrheiten suchen und dann muss, dann habe ich, muss ich den kleinst möglichen Nenner suchen, was uns wirklich nicht weiterbringt. Eine Regierung soll ja gestalten. Das heißt, in einer Demokratie entscheiden die Mehrheiten und nicht Einstimmigkeit.

Weber Nicole (ORF)

Der Parlamentarismus Experte ortet eine neue Intransparenz: Viele Gesetze seien als Schnellschuss ohne Begutachtung beschlossen. Manches erweist sich schon jetzt als fehlerhaft. Etwa die Neuauflage der Hacklerregelung. Nach einem Beschluss aller Parlamentsparteien außer den NEOS kann man wieder abschlagsfrei nach 45 Berufsjahren in Pension gehen.

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)

In diesem Fall wurde über Nacht ein Gesetz eingebracht. Das Gesetz war offenbar so schlecht, dass erst vor wenigen Tagen dieselben Mandatäre einen Entschließungsantrag eingebracht haben, in dem sie die Regierung ersuchen, diese Fehler auszubessern.

OFF Sprecherin (ORF)

Das heißt, die Parlamentarier geben zu, dass das Gesetz, das sie beschlossen haben, fehlerhaft war?

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)

Ja, sie geben das offensichtlich zu, dass es zu mangelhaft war und nicht objektiv genug war und es ist ganz gut, wenn die Beamten, das sind ja die Experten, die müssen es ja umsetzen, diese müssten eigentlich bei Gesetzen immer beigezogen werden, weil unvollziehbare Gesetze sind nicht brauchbar.

Weber Nicole (ORF)

Es ist vermutlich der letzte große Auftritt dieser Bundesregierung: Die meisten Minister sind bis zur völligen Unbekanntheit unauffällig geblieben. Nur drei haben sich deutlich zu Wort gemeldet: Innenminister Peschorn hat viele Initiativen seines Vorgängers rückgängig gemacht, Justizminister Jablobner vom leisen Tod der Justiz gesprochen und Verteidigungsminister Starlinger drastisch die Budgetnöte des Bundesheers kritisiert.

Starlinger Thomas (parteilos)

Was ich fordere, ist keine Luxusarmee, was ich fordere, ist die Mindestausstattung eines funktionierenden Bundesheeres zum Schutz der österreichischen Bevölkerung und der Infrastruktur.

Weber Nicole (ORF)

Bundeskanzlerin Bierlein fällt weniger durch politische Aussagen auf, als durch medienwirksame Auftritte. Salzburger Festspiele, Welpentaufe beim Bundesheer oder Fashionweek, bei der sie sogar die Eröffnungsrede hält. Die Bundeskanzlerin als Republikqueen?

Winterstein Alexander (Bundeskanzleramt)

Also wenn Queen, so wie das im Vereinigten Königreich der Fall ist, die oberste Staatsdienerin ist, dann kann ich durchaus sagen, dass die Bundeskanzlerin sich in der Tat als Dienerin des Staates ersieht, dass sie auch kulturelle Veranstaltungen besucht und zwar sehr gerne, das ist eine Tatsache, sie ist ja kunstaffin aber ich glaube, auch das passt sehr gut in die Rolle einer Kanzlerin.

Weber Nicole (ORF)

Tag der offenen Tür im Bundeskanzleramt. Das Interesse an der Übergangskanzlerin ist groß. Es dürfte die letzte Gelegenheit für ein gemeinsames Foto sein.

Der gegenständliche Text ist eine Abschrift eines audiovisuellen Beitrags. Aufgrund der medienpezifischen Charakteristik von Radio- und Fernsehbeiträgen kann es bei der Transkription zu formalen Abweichungen in der sprachlichen Abbildung zwischen dem Text und dem audiovisuellen Original kommen.

Die inhaltliche Verantwortung liegt bei der
APA DeFacto Datenbank & Contentmanagement GmbH.